

DIE WELT

Tsipras überließ Ex-Lehman-Banker die Verhandlungen

Glenn Kim, ein Ex-Geschäftsführer von Lehman Brothers, war beim dramatischen Euro-Krisentreffen im Juli Mitglied der griechischen Delegation. Der Amerikaner machte Schäuble auch Gegenvorschläge.

Von Jan Dams , Olaf Gersemann



Griechenlands Premier Alexis Tsipras gibt nach Ende des Euro-Krisengipfels ein Statement ab. Im Hintergrund ist währenddessen Glenn Kim zu sehen. Das Foto ist einer offiziellen Videodokumentation des Tsipras-Statements entnommen, die der Europäische Rat auf seiner Website veröffentlicht hat Foto: European Union/Screengrab DIE WELT

Bei den großen Krisen der vergangenen Jahre war Glenn Kim oft dabei. Der Amerikaner hat mehr als 20 Jahre lang für Lehman Brothers gearbeitet, nach der Pleite der Investmentbank half er zwei Jahre bei der Abwicklung. Als nach Ausbruch der Euro-Krise die Rettungsschirme EFSF und ESM aufgespannt wurden, war Kim als Berater dabei – im Auftrag der staatlichen Deutschen Finanzagentur. Und zuletzt entwickelte er für die isländische Regierung einen Plan, wie die 2008 im Zuge einer Staatspleite verhängte Kapitalverkehrskontrollen wieder abgebaut werden können.

Aktuell ist der 52-Jährige als Berater der Regierung von Alexis Tsipras tätig. Nach Information der "Welt am Sonntag" nahm der griechische Premier den amerikanischen Investmentbanker am 12. und 13. Juli sogar mit zum dramatischen Euro-Krisengipfel nach Brüssel.

Bei dem Treffen, das den Weg zu einem dritten Hilfspaket für Griechenland eröffnen sollte, hat Premier Alexis Tsipras dem Banker kurzzeitig sogar die Verhandlungsführung überlassen, berichten Teilnehmer. Konkret war Kim bei dem Krisengipfel daran beteiligt, einen Kompromiss zu dem geplanten griechischen Privatisierungsfonds zu formulieren.

Umstrittenes Thema

Dieser Fonds war am 11. Juli vom deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble vorgeschlagen worden. Auf dem Gipfeltreffen der Euro-Regierungschefs, das einen Tag später begann, war der Privatisierungsfonds das mit Abstand umstrittenste Thema.



Foto: AFP Angela Merkel, Francois Hollande und Alexis Tsipras vor Beginn des Krisentreffens am 12. Juli

Ein Gegenvorschlag, den die griechische Seite in der Gipfelnacht vorlegte, stammt dem Vernehmen nach offenbar von Kim. Vor allem Bundeskanzlerin Angela Merkel soll aber bemängelt haben, dass der Gegenvorschlag kompliziert sei und unverständlich formuliert.

Alexis Tsipras und sein Finanzminister Euklid Tsakalotos haben daraufhin darum gebeten, Kim herbeirufen zu dürfen. An der Ausformulierung des Kompromisses war dann auf griechischer Seite Kim beteiligt und auf Gläubigerseite unter anderem Merkel und Donald Tusk, der Präsident des Europäischen Rates.

Monatliches Honorar von 125.000 Euro?

Kim sowie Sprecher von Tsipras und Tsakalotos wollten sich auf Anfrage nicht zu den Vorgängen äußern. Ein deutscher Regierungssprecher teilte mit, man gebe über vertrauliche Beratungen mit den Euro-Partnern "grundsätzlich keine Auskunft"; ein Glenn Kim sei "der Bundeskanzlerin namentlich nicht bekannt".

Kim selbst hat sich in den vergangenen Monaten öffentlich nicht zu seiner Beratertätigkeit für die griechische Regierung geäußert. Der "Welt am Sonntag" bestätigte er aber, dass er weiterhin für die Regierung tätig ist. Auf eine Anfrage am Dienstag dieser Woche schrieb er, er sei gerade in der Villa Maximos, dem Amtssitz von Tsipras, und berate Euklid Tsakalotos, den Finanzminister ("Am at Maximos, helping Euklid"). Von der Zusage, Fragen zu beantworten, trat er jedoch im Laufe der Woche zurück.

In griechischen Medien ist in den vergangenen Monaten wiederholt über Kims Beratertätigkeit für die Regierung Tsipras berichtet worden. Zuletzt hatte die Zeitung "To Vima" am Sonntag vergangener Woche behauptet, Kim habe für sich ein monatliches Honorar von 125.000 Euro ausgehandelt.